

Debatte

Kopf des Tages

Der Weltenretter mit Privatjet

John Kerry Der ehemalige demokratische Präsidentschaftskandidat und Aussenminister hat ein neues Amt.

Hubert Wetzel

Man tut John Kerry nicht unrecht, wenn man feststellt, dass er sein derzeitiges Amt zwar nicht nur, aber doch ganz wesentlich dem verdankt, was man gemeinhin «Vitamin B» nennt: gute Beziehungen zu höhergestellten, einflussreichen Persönlichkeiten. In Kerrys Fall handelt es sich dabei um Joe Biden, den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Höher und einflussreicher geht es kaum. Kerry und Biden sind seit langem und gut befreundet.

Und beide würden wohl nicht bestreiten, dass diese Freundschaft – und das Vertrauen, das sie mit sich gebracht hat – eine Rolle bei Bidens Entscheidung gespielt hat, Kerry zum Sonder-

botschafter für Klimapolitik zu ernennen, zum U.S. Special Presidential Envoy for Climate.

Man braucht viel Platz, um die Biografie von John Kerry angemessen auszubreiten. In aller Kürze: John Forbes Kerry wurde 1943 in eine prominente, reiche Ostküstenfamilie geboren, er hat eine erstklassige Schulausbildung genossen und in Yale studiert. 1968/69 zog er in den Krieg, als Leutnant der Navy kommandierte er auf dem Mekong in Vietnam ein Schnellboot. Er wurde verwundet und mit Tapferkeitsorden ausgezeichnet.

Nach der Rückkehr ging Kerry in die Politik. 1985 wurde er Senator, den Sitz behielt er fast drei Jahrzehnte lang. Joe Biden



war zur gleichen Zeit Senator, beide gehörten dem Auswärtigen Ausschuss an. 2004 kandidierte Kerry erfolglos für die Demokraten gegen den republikanischen Präsidenten George W. Bush. 2013 wurde er Aussenminister von Barack Obama.

In diesem Amt war Kerry für die Verhandlungen über zwei der wichtigsten internationalen Abkommen zuständig, an denen die USA beteiligt waren: das Atomabkommen mit dem Iran und den Pariser Klimaschutzvertrag. Beide wurden von Donald Trump nach dessen Wahlsieg umgehend gekündigt. Dass Biden dem Pariser Abkommen dann gleich am ersten Tag seiner Präsidentschaft wieder beigetreten ist und dazu noch Kerry zum sogenannten Klima-

zar befördert hat, darf man schon als eine Art politischen Racheakt sehen.

Kerry ist einer der erfahrensten Aussenpolitiker in Washington, er geniesst weltweit Ansehen und kann glaubhaft von sich sagen, er spreche für Biden. Allerdings geraten Sonderbeauftragte nicht selten Ministern ins Gehege, und Klimaschutz ist ein Thema, das viele Ressorts betrifft. Fest steht: John Kerry hat als Klimazar einen Sitz im Nationalen Sicherheitsrat, bei allen wesentlichen aussenpolitischen Entscheidungen der Biden-Regierung wird er daher mitreden können.

Reden ist etwas, das Kerry gerne und ausführlich tut. Das muss für einen Diplomaten kein

Manko sein. Es gibt in Washington aber auch Menschen, die glauben, Kerrys Redelust entspringe nicht zuletzt der Freude daran, sich selbst zuzuhören. Der Ostküstenaristokrat Kerry verfügt durchaus über eine gewisse joviale Arroganz. Es gibt im Internet ein Video von ihm, aufgenommen in Island, wo er vor einigen Jahren an einer Klimaschutzveranstaltung teilnahm. Kerry flog mit dem Privatjet seiner Familie ein – er ist in zweiter Ehe mit der sehr reichen Erbin des Saucenimperiums Heinz verheiratet –, und erklärte erstaunten Journalisten dort voller Überzeugung, dass dieses Fortbewegungsmittel für Weltenretter wie ihn die einzige Möglichkeit sei, um die vielen Klimaschutztermine in aller Welt abarbeiten zu können.

Ombudsmann

Via Einsicht zur Durchsicht

«Democracy Dies in Darkness», steht seit 2017 unter dem Zeitungskopf der «Washington Post»: Demokratie stirbt in Dunkelheit. Bob Woodward, der in den frühen 1970ern mit Carl Bernstein den Watergate-Skandal aufdeckte, hat den Slogan auch schon erwähnt in einem Artikel, der die Geheimniskrämerie der amerikanischen Regierung unter George W. Bush kritisierte.

Zwar gibt es in den USA seit 1966 den Freedom of Information Act (FOIA), ein Gesetz, das es der Öffentlichkeit erlaubt, Zugang zu Dokumenten staatlicher Stellen zu erhalten. Doch laut dem Hausjuristen der «New York Times» hat sich der FOIA bisher als eher schwach und ineffizient erwiesen. Was die Zeitung aber nicht davon abhält, die Umsetzung des Rechts einzufordern und gegen Behörden vor Gericht zu gehen: «Der FOIA ist eine Art Berichterstattung. Es ist für die «Times» eine Gelegenheit mehr, an Informationen zu kommen, welche die Öffentlichkeit erfahren muss.»

Seit 2006 kennt auch die Schweiz ein Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ). Auch in fast allen Kantonen gibt es entsprechende Erlasse. Das BGÖ regelt die Einsicht in amtliche Dokumente für die Bevölkerung, d.h. auch für Medienschaffende. Es gilt der Grundsatz, dass öffentlich sein soll, was nicht ausdrücklich geheim ist.

Noch ist dieser Zugang zu Unterlagen nicht gratis, doch der Bundesrat unterstützt eine Vorlage der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, wonach Gesuche um Einsicht grundsätzlich kostenlos sein sollen. Das Öffentlichkeitsprinzip, so die Landesregierung, sei die Basis für die Teilnahme der Bevölkerung an der demokratischen Willensbildung. Zwar meint Datenschützer Adrian Lobsiger, einige Bundesstellen würden Gesuche nach dem Öffentlichkeitsgesetz noch immer als «Störung des All-

tags» empfinden. Doch setzten in Bern die meisten Behörden den Grundsatz mit Erfolg um.

Neben dem eidgenössischen Datenschützer verfiert auch der Verein Öffentlichkeitsgesetz.ch eine konsequente Umsetzung des Prinzips. Die Gruppierung will mithelfen, die Gesetze zur Informationsfreiheit in den journalistischen Arbeitsalltag zu integrieren, und schreibt zu diesem Zweck den «Prix Transparenz» aus. Aus zehn vom Verein nominierten Beiträgen kürt eine Fachjury die beste «Transparenzstory» des Jahres.

Jüngste Gewinnerin des Preises ist die Geschichte dreier Journalisten der «Wochezeitung» (WOZ) über die internationalen Waffengeschäfte von rund 150 Schweizer Rüstungsfirmen. Jan Jirát, Kaspar Surber und Lorenz Naegeli hatten fünf Jahre lang unermüdlich um Dateneinsicht gekämpft und schliesslich vor Bundesgericht Recht erhalten – gegen den Widerstand des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco).

Auf dem Podest stehen auch Beiträge von Tamedia-Journalisten: auf Platz zwei die «Magazin»-Story «Die Klimaschande von Visp» von Christoph Lenz über ein schweres Umweltvergehen des Lonza-Werks und der Behörden im Wallis sowie auf Platz drei der Artikel «Das dreckige Wasserschloss» von Mathias Gattet und Cedric Fröhlich in der «Berner Zeitung» zu Pestizid-Verschmutzungen im Kanton. Gut, zu wissen, dass Schweizer Medien ihre noble Funktion erfüllen: als Leuchttürme der Demokratie.



Ignaz Staub

Der unabhängige Ombudsmann von Tamedia berichtet an dieser Stelle regelmässig über Beanstandungen.

Lesermails an: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Gastbeitrag

Farbe bekennen ist angesagt

Nach einem Jahr Corona braucht es nun eine ehrliche Debatte über unsere Ziele.

Jan-Egbert Sturm

Im Gegensatz zum nationalen Pandemie-Schulterschluss im Frühling 2020 ist heute ein politisches Seilziehen im Gang. Der Streit dreht sich um die Frage, wie viele persönliche und wirtschaftliche Einschnitte nötig sind, um Corona in den Griff zu bekommen.

Die Wissenschaft ist dabei gegen Vereinnahmungsversuche nicht gefeit. Die tägliche Flut an Einschätzungen, Schicksalsberichten und Protestbekundungen in den Medien heizt die Stimmung zusätzlich auf. Dazu gehört auch, dass wissenschaftliche Szenarien zu markigen Schlagzeilen aufgeblasen werden. Das trägt aber kaum dazu bei, einen Weg aus der Krise zu finden.

Szenario-Rechnungen bieten Entscheidungsgrundlagen. Sie sollen der Politik aufzeigen, wie sie die Corona-Pandemie und deren gesamtwirtschaftliche Schäden eindämmen könnte. Szenarien sind aber ausdrücklich keine Prognosen. Dennoch werden sie in der Öffentlichkeit oft als solche wahrgenommen. Dabei ist aber gerade das Ziel solcher Szenarien, dass sie nicht eintreten.

In den letzten zwölf Monaten hat sich die Krise in der Schweiz fortlaufend verändert. Die Wissenschaft hat viele neue Erkenntnisse «on the go» gewonnen – virologisch, medizinisch und ökonomisch.

Bestehende Modelle wurden angepasst, neue entwickelt. Dafür braucht es transparent deklarierte Annahmen. So beispielsweise die epidemiologische Entwicklung der Virusmutation B.1.1.7 in Grossbritannien. Oder die Wertberechnungen aus gewonnenen Lebensjahren durch die Verhinderung von Corona-Todesfällen, wie sie in der Schweiz als anerkannter Richtwert für



Der Beizen-Lockdown: Geschlossene Gaststätte im Globus in Bern. Foto: Franziska Rothenbühler

die Zahlungsbereitschaft bei Unfall- und Gesundheitsrisiken angewendet werden.

In anderen Fällen fehlen Zahlen: etwa bei den psychischen Folgen der Gesundheitskrise oder ihrer Gegenmassnahmen. Auch Kollateralschäden eines Zusammenbruchs der Gesundheitsversorgung haben für Wirtschaft und Gesundheit kaum bezifferbare Folgen. Erst später zeigen sich die gesundheitlichen Schäden der Betroffenen bei den Tausenden Wahleingriffen, die verschoben wurden, um die nötig gewordenen Kapazitäten für Covid-Erkrankte in Spitälern bereitstellen zu können.

Nicht nur ist die Pandemie selbst schwer vorhersagbar. Auch die Art und Weise, wie die Gesellschaft und die Politik mit ihr umgehen, wandelt sich ständig. Im Land der Initiativen und Referenden erleben wir, was öffentliche Kampagnen für die individuelle Wahrneh-

mung und das Verhalten bedeuten. Aber auch Szenarien führen zu Verhaltensänderungen, die gerade eben ihre Realisierung verhindern – das Präventionsparadox.

Genauso wie es möglichst realistische Szenarien braucht, in denen davon ausgegangen wird, dass Politik und Gesellschaft reagieren, braucht es solche, die aufzeigen, was passieren könnte, wenn man nicht handelt. Voraussetzung hierfür sind aber gesellschaftliche Ziele, mit denen die Wissenschaft arbeiten kann.

Ohne Ziele ist es kaum möglich, Strategien auszuarbeiten und Szenarien zu berechnen. In dieser Kombination kann die Wissenschaft einen sachdienlichen Beitrag leisten. Es kann aber nicht ihre Aufgabe sein, diese Ziele zu definieren.

Für die nächsten Wochen muss es daher das Ziel sein, dass jeder und jede seine oder ihre

Rolle in der Gesellschaft aufrecht einnehmen kann. In Bezug auf die Medien wünsche ich mir, dass diese den Kompass und Leitlinien nicht aus den Augen verlieren. Ist es in einer solchen Krise sachdienlich, im News-Tempo Reflexionstiefe zu opfern?

In Bezug auf die politische Arena setzt dies voraus, dass die verschiedenen Stakeholder klar benennen, welche materiellen und menschlichen Opfer sie bereit sind, in Kauf zu nehmen. Welche sind zu kompensieren? Was befindet sich auf den Waagschalen der gesellschaftlichen Güterabwägung? Das ist die relevante Debatte. Farbe bekennen ist angesagt.



Jan-Egbert Sturm
Der Ökonom
ist Vizepräsident
der Schweizer
Corona-Taskforce.